

DeSaFor – Newsletter

Ausgabe Juli 2021

Liebe Mitglieder und Freunde von DeSaFor,

in diesem Newsletter nehmen wir Abschied von einem Mann, der als Jurist ganz maßgeblich an der Verfassungsentwicklung des neuen Südafrika mitgewirkt hat: Professor Dr. Dr. h.c. Hans Peter Schneider ist im April 84jährig verstorben. Unser Vorsitzender, Hans-Werner Bussmann, der mit ihm freundschaftlich verbunden war, würdigt ihn in einem Nachruf.

Eine wichtige Veränderung gibt es in der deutschen Botschaft in Pretoria. Nach vierjähriger Amtszeit nimmt Botschafter Dr. Martin Schäfer Abschied von Südafrika. Es war nicht der erste Einsatz des erfahrenen Diplomaten in Pretoria. Als Politik- und Pressereferent hat er von 2007 bis 2011 die ersten Jahre der Zuma-Präsidentschaft hautnah miterlebt.

In seiner Bilanz vermittelt er Zuversicht mit Blick auf die Stabilität der in den letzten Jahren deutlich wiederbelebten und qualitativ aufgewerteten bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Südafrika. Sein Optimismus hinsichtlich der innenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Südafrikas ist aber eher verhalten, wenn auch angesichts jüngster Entscheidungen im Kampf gegen die Ausbeuter des Staates mit ein wenig Optimismus mit Blick auf die Zukunft.

Dr. Schäfer bezeichnete sich in unserem letzten Gespräch (*Let's talk.. am 27. Mai 2021 – s. Bericht in diesem Newsletter*) selbst als „kleinen Südafrikaner“. Damit drückt er seine große Sympathie für das Land und seine Menschen aus. Auch wir im Vorstand und der Geschäftsführung von DeSaFor haben diese Sympathie empfunden und den Botschafter von Beginn unserer Arbeit als besonders zugewandt, wertschätzend und unterstützend wahrgenommen. Wir sind Martin Schäfer für die vertrauensvolle Zusammenarbeit persönlich außerordentlich dankbar.

Er selbst bilanziert bescheiden, was in seiner Zeit in den bilateralen Beziehungen verändert und erreicht wurde. Als enge Beobachter wissen wir, dass er mit Geschick und der ihm eigenen Überzeugungsfähigkeit sowohl auf der Seite der Partner als auch in der Bundesregierung der Notwendigkeit Nachdruck verliehen hat, Präsident Ramaphosa und seine Regierung nach Kräften und mit den uns verfügbaren Möglichkeiten zu unterstützen. Auch dafür gilt Herrn Botschafter Dr. Schäfer unser besonderer Dank und Anerkennung.

Wir werden den offenen Austausch mit ihm vermissen und freuen uns zugleich mit ihm, dass er mit seiner Versetzung nach Paris eine wichtige weitere Station in seiner Diplomatenlaufbahn erreicht. Auch dort erwarten ihn Herausforderungen ganz anderer Art mit Blick auf die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen, deren Rolle bei der Gestaltung und Sicherung eines wertebasierten Europas und vieles andere mehr. Wir hoffen und wünschen uns, dass er den besonderen Anlass des Besuchs von Staatspräsident Macron in Begleitung eines deutschen Ministers bei Präsident Ramaphosa am 28. Mai d.J. auch als Ansporn versteht, eine neue Form der Dreieckskooperation mit Südafrika in Frankreich im Auge zu behalten.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Botschafter Dr. Schäfer für Ihre freundschaftliche Verbundenheit, Wertschätzung und Unterstützung und wünschen Ihnen für Ihren kommenden Einsatz in Paris und für Sie und Ihre Familie alles erdenklich Gute. Hamba kahle, lieber Martin Schäfer!

Und auch wir verabschieden uns, wenn auch nur zeitweise: Wir gehen in die Sommerpause, wünschen Ihnen eine gute Zeit und freuen uns auf weitere Aktivitäten ab September!

Bleiben Sie gesund!

Ihr DeSaFor – Vorstand und die Geschäftsführung



In diesem Newsletter:

- **Botschafter Dr. Martin Schäfer zieht zu seinem Abschied aus Südafrika Bilanz**
- **AKTUELL – Zuma in Haft**
- **Nachruf auf Professor Dr. Dr. h.c. Hans-Peter Schneider**
- **Korruption in Südafrika Kampf ohne ‚happy end‘**
- **‘Corruption in South Africa – and what can be done about it’**
- **Ökumenische und interreligiöse Kooperation für eine fürsorgliche, gerechte und faire Gesellschaft**

Deutsch-Südafrikanisches-Forum e.V.

www.desafor.de

Kontakt:

info@desafor.de

Adresse:

DeSaFor
c/o K. Brückner
Ringstraße 101b
12203 Berlin

Stabile Beziehungen und verhaltener Optimismus – Botschafter Dr. Martin Schäfer, Pretoria, zieht Bilanz



Wenige Wochen vor seinem Wechsel als deutscher Botschafter von Pretoria nach Paris war Dr. Martin Schäfer am 27.

Mai 2021 wieder einmal unser Gast und anregender Gesprächspartner für die Mitglieder und Freunde von DeSaFor.

Eigentlich war das Datum als einer der zahlreichen Termine zum Ausklang seines vierjährigen Einsatzes als Botschafter vereinbart worden und war dann unerwartet aktuell. Der Botschafter freute sich über den für den Folgetag angekündigten Blitzbesuch des Präsidenten seines künftigen Einsatzlandes Frankreich, Emanuel Macron. Und der hatte für seinen Blitzbesuch in Südafrika zudem die deutsche Bundeskanzlerin um Begleitung durch den deutschen Gesundheitsminister Jens Spahn gebeten. Gemeinsam mit Präsident Ramaphosa wollten die Besucher aus Europa eine von den Botschaften beider Länder über Monate vorbereitete französisch-deutsche Initiative für die Produktion von Impfstoffen in Afrika bzw. für die südliche Hemisphäre ankündigen.

Für Martin Schäfer, der bereits von 2007 – 2011 als Politik- und Pressereferent an der Botschaft in Pretoria die ersten Jahre der Zuma-Präsidentschaft erlebt hatte, bestätigt sich mit diesem wichtigen Signal, dass

die bilateralen Beziehungen zwischen Südafrika und Deutschland wieder „ein klein wenig mehr in eine Qualität der bilateralen Beziehungen zurückgekommen sind, wie sie in der Zeit zwischen 1994 und 1998 bestanden“.

Ausschlaggebend seien vor allem der sehr herzliche und emotional anrührende Staatsbesuch von Bundespräsident Steinmeier im Jahr 2018 und der ungemein wichtige Besuch der Bundeskanzlerin Merkel im Februar 2020 – wenige Wochen vor Ausbruch der Pandemie – gewesen. Sie hätten diese Wiederbelebung der Beziehungen und des vertrauensvollen Dialogs zwischen beiden Ländern über gemeinsam interessierende außenpolitische Fragen, aber auch zur Zukunft des Multilateralismus oder zu den Gefährdungen durch weltweit zunehmenden Populismus ermöglicht und gefördert.

Es gehe aber auch um den Versuch, aus Deutschland einen kleinen, aber wirksamen Beitrag dazu zu leisten, dass Südafrika „auf Kurs bleibt“ und seine demokratische und rechtsstaatliche Verfassungsordnung erhalte. Zuversichtlich stimme

ihn dabei die nach wie vor starke Zivilgesellschaft und die Arbeit der in weiten Teilen kritischen und professionellen Presse Südafrikas.

Erhalt der Stabilität und eine Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen in diesem Sinne

seien Ziele seines persönlichen Engagements als Botschafter in Südafrika gewesen. Mit einiger Zuversicht blicke er nun auf die Ergebnisse, die er seinem Nachfolger weiterreiche.

Und, in der Tat, die Bemühungen dürften nicht eingestellt werden. Zwar seien nach dreieinhalb Jahren Präsidentschaft Ramaphosa Anzeichen erkennbar, dass nicht nur persönliche Widersacher, sondern

auch weltanschaulich, ideologisch geprägte Gegner einer Reformagenda in Richtung einer wirklichen sozialen Marktwirtschaft zurückgedrängt werden – aber entschieden sei dies noch nicht.

Das Land sei seit Zumas Wahl zum ANC-Präsidenten im Dezember 2017 auf einer Talfahrt – politisch, wirtschaftlich, sozial und wohl auch psychologisch. Erst seit einiger Zeit würden Ursachen und Verursacher klar benannt, und der Präsident sei offensiv in die Auseinandersetzung gegangen. Zum ersten Mal nach fast 20 Jahren wiederholter Vorwürfe und Verfahren sei Jacob Zuma vor Gericht gefragt worden, ob er sich schuldig bekenne.

Die Talfahrt könne gestoppt werden. Dazu müssten diejenigen strafrechtlich belangt werden, die das Land ausgeplündert haben, um zu verdeutlichen, dass das Land zu seinen Werten und zu seiner Verfassung stehe. Zugleich müsse die Reformagenda Ramaphosas und seiner Regierung das Land auf den Wachstumspfad zurückführen, denn nur damit könne die massive soziale Ungleichheit im Lande abgemildert werden.

Schäfer zeigte sich vorsichtig optimistisch, dass das Land mittelfristig „wieder auf die Beine kommen“ könne. Es sei kein leichtes Unterfangen, denn die unterschiedlichen Strömungen im ANC, der sich auf dem mühevollen Weg der Transformation von einer Freiheitsbewegung zur „normalen politischen Partei“ bewege, stünden oft unversöhnlich einander gegenüber.

Dennoch dürfe man wohl davon ausgehen, dass der ANC als breite Sammlungsbewegung nach wie vor auch deutliche Mehrheiten gewinnen kann, wenn vielleicht auch weniger aus Überzeugung als aus der Tradition seiner Rolle als Befreiungsbewegung. Denn letztlich böten auch die Oppositionsparteien derzeit keine echte Machtoption für die Gestaltung und Sicherung der Zukunft des Landes.



Foto: Twitter

DeSaFor – Newsletter

Ausgabe Juli 2021

Die durchaus ambivalente innenpolitische Situation werde sich auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der nächsten Jahre widerspiegeln, und es komme ganz wesentlich darauf an, dass Ramaphosa die notwendige Zeit zur Umsteuerung habe.

Zum Glück könne der völlige Niedergang der Wirtschaft derzeit durch den Aufschwung in Asien und den großen Bedarf an südafrikanischen Rohstoffen etwas abgefedert werden; die strukturellen Schwächen blieben aber bestehen.

Dies wirke sich auch auf die so dringend benötigte Investitionsbereitschaft aus dem Ausland und insbesondere auch aus Deutschland aus. Die Kündigung des Investitionsschutzabkommens und die Schwierigkeiten, neue wirkungsgleiche Regelungen zu treffen, oder die Diskussion über mögliche entschädigungslose Enteignungen verstärkten die Zurückhaltung vieler potenzieller Investoren – verständlicherweise. Dabei könne man wohl sicher sein, dass es unter einem Präsidenten Ramaphosa keine Enteignung von Investitionen geben werde.

Der letzte Austausch mit Dr. Martin Schäfer in seiner Funktion als Botschafter unseres Landes in Südafrika setzte sich mit vielen Fragen der rd. 40 Teilnehmer*innen und informativen Antworten fort.

Mit wechselseitigem Dank für den guten und vertrauensvollen Austausch seit Gründung von DeSaFor und guten Wünschen für die zukünftige Arbeit endete eine informative und interessante Ausgabe unseres virtuellen Gesprächsformats „Let’s talk...“.

Klaus Brückner

AKTUELL: „Jacob Zuma tritt in letzter Minute seine Haftstrafe an“

diese am 7. Juli 2021 kurz vor Mitternacht verbreitete Nachricht markiert einen weiteren Höhepunkt in der langjährigen innenpolitischen Auseinandersetzung mit den Anklagen gegen den ehemalige südafrikanischen Staatspräsidenten Jacob Zuma: Am 29. Juni war er vom *Constitutional Court* wegen seiner Weigerung, sich den Ermittlungen und Anordnungen zur Beweisaufnahme durch die „Zondo-Kommission“ zu stellen, zu 15 Monaten Haft verurteilt worden, die er spätestens am 4. Juli 2021 anzutreten habe. Für den Fall der Weigerung ordnete das Gericht seine Verhaftung durch den Polizeiminister bis spätestens 7. Juli 2021 an. Um 23h20 – „just in time“ – verließ Zuma sein Anwesen und fuhr zum Gefängnis. Der Einsatz bereitstehender Polizeikräfte, die den Zugang zu dem Privatbesitz Zumas schon den ganzen Tag blockiert hatten, konnte so im letzten Moment vermieden werden.

Zuma hatte es zuvor noch einmal spannend gemacht. Neben zwei Anträgen seiner Anwälte auf Überprüfung bzw. Aufhebung des Urteils organisierten seine Unterstützer an seinem Wohnsitz in Nkanda/Kwa Zulu Natal am Wochenende lautstarke und zeitweilig durchaus bedrohliche Demonstrationen, die den Eindruck vermitteln sollten, dass im Falle der Vollstreckung des Urteils mit massiven Unruhen zu rechnen sei.

Während die noch einmal angerufenen Gerichte sich nicht veranlasst sahen, vor dem Ablauf der Verhaftungsfrist Entscheidungen zu verkünden, wurde in den letzten Tagen einmal mehr deutlich, wie schwer sich der ANC mit Jacob Zuma tut - dem „verdienten Freiheitskämpfer“, dem ehemaligen ANC- und Staatspräsidenten und zugleich wohl Hauptverantwortlichen für die als „State Capture“ bezeichnete Erosion des noch jungen demokratischen Rechtsstaates Südafrika. Polizeiminister *Bheki Cele* und Polizeichef *Khehla Sitole* ließen zunächst erklären, die Vollstreckung des Urteils bis zur Klärung der Einwände auszusetzen. Erst die Androhung, dass sie sich damit auch der Gefahr einer Verurteilung wegen Missachtung des Gerichts aussetzen, veranlasste sie wohl zum Einlenken. Der ANC berief eine Sondersitzung seines National Executive Committee ein, in der die Parteiführung ein – eigentlich selbstverständliches - Bekenntnis zur Verfassung und zur Unabhängigkeit der Justiz ablegte und zugleich die bedrohlichen und alle geltenden Regeln der Pandemiebekämpfung ignorierenden Demonstrationen des Wochenendes verurteilte.

Die Inhaftierung Zumas ist zweifellos ein starkes Signal, dass die Justiz die von Cyril Ramaphosa eingeleitete Aufklärung und Verfolgung von Straftaten im Zusammenhang mit der „State Capture“ unterstützt, und sie ist auch ein Signal für diejenigen im ANC, die noch geglaubt haben, sie kämen straffrei davon. Aber es ist noch kein Durchbruch, geschweige denn ein Endpunkt der schweren innenpolitischen und innerparteilichen Auseinandersetzungen, die das Land lähmen und seine Entwicklung behindern.

In unserem September-Newsletter werden wir Sie über die weitere Entwicklung nach diesen für Südafrika dramatischen Tagen und die dann möglicherweise etwas besser abzuschätzenden Auswirkungen für die Zukunft des Landes informieren.

Klaus Brückner

In memoriam Professor Dr. jur. Dr. h.c. Hans-Peter Schneider

Am 4. April 2021 ist Professor Dr. Hans-Peter Schneider verstorben.

1937 geboren in Jena, aufgewachsen in Bremen, studierte Hans-Peter Schneider Rechtswissenschaften und Politik in Freiburg, München und Paris. Er wurde auf der Grundlage einer von Erik Wolf betreuten Dissertation (rechtsphilosophische Arbeit über Leibniz) 1965 in Freiburg promoviert und erhielt dort 1972 die *venia legendi* für öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Kirchenrecht. Von 1975 bis 2003 war er Ordinarius für Staats- und Verwaltungsrecht an der von ihm mitbegründeten juristischen Fakultät der Technischen Universität Hannover. Er war Mitglied der Staats- bzw. Verfassungsgerichtshöfe von Niedersachsen und Sachsen sowie Sachverständiger in den Föderalismuskommissionen I und II.

Ab 1992 bis zu seinem Tod war er Direktor des von ihm gegründeten und mit der TU Hannover verbundenen „Deutschen Instituts für Föderalismusforschung“. Sein dort begonnenes Lebenswerk, eine auf 32 Bänden angelegte wissenschaftliche „Dokumentation zur Entstehung des Grundgesetzes“ konnte er nicht mehr abschließen. Die noch ausstehenden 15 Bände werden von seiner Witwe, Dr. Jutta Kramer-Schneider, bearbeitet bzw. betreut.

Professor Schneider war nicht nur an den Beratungen der verfassungsgebenden Versammlungen der nach der Wiedervereinigung entstandenen fünf neuen Länder in der einen oder anderen Form beteiligt,



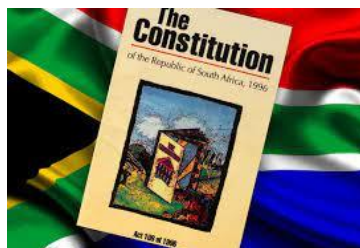
sondern vertrat Landesregierungen, Fraktionen und andere in vielen Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Auch über die Grenzen unseres Landes hinaus erwarb er hohes Ansehen. So verlieh ihm die Pantion-Universität Athen im Jahr 2004 die Ehrendoktorwürde. In vielen Ländern wurde er zu Beratungen neuer Verfassungen bzw. in Verfassungsänderungsprozessen berufen, zumeist auf Veranlassung der Friedrich-Ebert-Stiftung - von Spanien über Belgrad bis Tripolis und nach Brüssel zur Ausarbeitung einer - schließlich gescheiterten – europäischen Verfassung.

Als die größte Herausforderung seines Lebens bezeichnete er in seiner anschaulichen, unpräzisen formulierten Autobiographie „Verfassungszeit – Ortstermine von Jena bis Tripolis“ (2012) die Beratung des damaligen ANC-Generalsekretärs und heutigen südafrikanischen Staatspräsidenten Cyril Ramaphosas bei den Verhandlungen zur vorläufigen südafrikanischen Verfassung nach Überwindung der Apartheid (1994) sowie später bei der Formulierung der endgültigen Verfassung des demokratischen Südafrika (1996). Mit

Blick auf die gegenwärtigen Herausforderungen sind seine ebenso nüchternen wie anschaulichen Darstellungen entscheidender Weichenstellungen sehr lesenswert. Dazu gehört die Auseinandersetzung mit der Frage, ob der deutsche Föderalismus ein Vorbild für Südafrika hätte sein können oder ob dort eine stärkere Rolle des Zentralstaates geeigneter sei. Und ebenso bedeutsam sind seine Einschätzungen von Stärken und Schwächen der in ihren Werten und Grundsätzen formal vermutlich fortschrittlichsten

Verfassung Südafrikas sowie seine Einschätzung wichtiger Politiker und Ereignisse im Verhandlungsprozess. Zu Recht würdigte er die herausragende politische und gesellschaftliche Integrationsleistung der an der Verfassungsentwicklung Beteiligten. Dabei betont er die Weisheit Nelson Mandelas und die Cyril Ramaphosas in dem durchgehend öffentlichen Verhandlungsprozess, der früher verfeindeten Parteien ein außergewöhnliches Maß an Kompromissbereitschaft abforderte, die man sich gegenwärtig wünschen würde.

Mit Hans-Peter Schneider ist ein bedeutender Verfassungsrechtler von uns gegangen, dessen Herz vor allem für den Föderalismus in dessen verschiedensten Ausprägungen schlug, dessen ausgleichende Bedeutung er gerade für große und von vielen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen geprägten Staaten auf drei Kontinenten immer wieder zur Geltung bringen konnte. Als Richter ebenso wie als Anwalt verschiedenster Parteien konnte er in z.T. wichtigen Entscheidungen zum innerdeutschen Rechtsfrieden zwischen Bund und Ländern beitragen.



In persönlichen Begegnungen und im privaten Gespräch beeindruckte er durch seine umfassende und nicht nur humanistische Bildung und seinen gewinnenden feinen Humor. Als Freunde und Partner Südafrikas sind wir ihm dankbar für sein Engagement und die

Begleitung des großartigen Transformationsprozesses, dessen Stabilität sich gerade in den gegenwärtigen Krisen des Landes erweisen muss und hoffentlich auch erweisen wird.

Unsere herzliche Anteilnahme gilt seiner Familie, vor allem seiner Witwe und seinen Kindern.

Hans-Werner Bussmann

Korruption in Südafrika - ein Kampf ohne Happy End?

Kaum ein Pressebericht in Deutschland über Südafrika, der nicht auf das Thema Korruption eingeht. Dies spiegelt wider, dass der Kampf gegen Korruption ein zentrales Element in der politischen Auseinandersetzung am Kap geworden ist und vermittelt zugleich ein negatives Bild des Landes. Viele Beobachter sind sich einig: Die Frage, ob es Südafrika gelingt, die Korruption erfolgreich zu reduzieren, insbesondere in der Politik, ist für eine stabile, vor allen Dingen wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung in Südafrika entscheidend.

Korruption, da sind sich die Experten einig, schwächt staatliche Strukturen und Institutionen, trifft vor allem die Armen und vergrößert damit die wirtschaftliche und gesellschaftliche Kluft zwischen Arm und Reich, vor allem aber zerstört sie das Vertrauen der Bürger*innen in das Funktionieren des Staates. Alles das kann man in Südafrika beobachten.

Korruption in Südafrika ist kein neues Problem

Dabei ist Korruption in Südafrika kein neues Phänomen. Auch in der Zeit vor 1994 hat es korruptive Beziehungen vor allem zwischen Wirtschaft und Regierung gegeben. So galt der *Afrikaner Broederbond*, die kulturell, ökonomisch und politisch aktive Vereinigung der Buren in Südafrika und Namibia, der sich von seinem Selbstverständnis her als Geheimbund verstand, als Schaltstelle zwischen Politik und Wirtschaft zum Vorteil seiner Mitglieder.

Ende der 1990er Jahre wurde Südafrika von einem Korruptionsskandal erschüttert, der unter den Namen „*Arms Deal*“ bekannt wurde.

Die südafrikanische Regierung entschied sich, in großem Umfang die südafrikanische Armee zu modernisieren. Ob dies Ende der 90er Jahre die richtige politische Priorität war, war von Anfang an umstritten. Südafrika kaufte in erster Linie in Europa in großem Umfang militärische Ausrüstung im Wert von fast fünf Milliarden

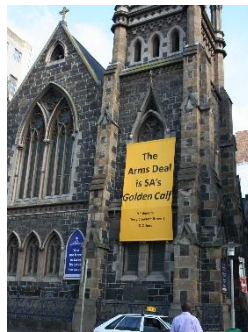


Foto: Discott – Methodistenkirche Kapstadt, 2021

US-Dollar. Beschafft wurden im Wesentlichen Korvetten, U-Boote und Helikopter für die Marine sowie Kampfflugzeuge für die Luftwaffe. Von Beginn an war das Programm von Korruptionswürfen überschattet. Es gab Vermutungen, dass Finanzmittel für den Wahlkampf des ANC vor allem aber auch für Spitzenpersonal der Partei abgezweigt wurden. Dabei wurden immer wieder Jacob Zuma und seine Berater, die *Shaik* Brüder genannt. In Deutschland, Großbritannien und in Schweden ermittelten Staatsanwälte gegen Vertreter der beteiligten europäischen Firmen. In Deutschland waren ThyssenKrupp und Ferrostaal involviert. Deutsche Staatsanwälte vermuteten Korruptionsszahlungen von über einer Milliarde Rand in Südafrika. Auch gegen den damaligen Vizepräsidenten und späteren Staatspräsidenten Thabo Mbeki wurde wegen angeblicher Zahlungen ermittelt. Alle Verfahren in Deutschland wurden jedoch eingestellt.

Im Jahr 2011 wurde in Südafrika eine Kommission zur Untersuchung der Korruption in Zusammenhang mit dem *Arms Deal* berufen. Als Folge davon wurden einige auch hochrangige ANC Mitglieder zu Geld- und auch Haftstrafen verurteilt. Die Untersuchungen gegen Zuma selbst wurden aller

dings aufgrund der Immunität des inzwischen zum als Staatspräsidenten gewählten ANC-Chefs zunächst nicht weiterverfolgt, nach seinem Ausscheiden aus dem Amt von der Staatsanwaltschaft aber neu aufgegriffen. Ihm wird unter anderem vorgeworfen, von der französischen Rüstungsfirma Thales Bestechungsgelder in Höhe von 4 Millionen Rand angenommen zu haben. Auch mehr als zwanzig Jahre nach dem großen Waffengeschäft bleibt der *Arms Deal* in der südafrikanischen Politik ein Thema, von dem Beobachter sagen, dass es dem neuen Südafrika die Unschuld genommen habe.

Korruption heute in Südafrika: die Zahlen

Lange galt das von der Apartheid befreite Südafrika mit seiner modernen Verfassung als das Vorbild für eine „westliche Demokratie“ auf dem afrikanischen Kontinent. Heute sehen es viele als ein besonders korruptes Land. Doch was sagen die Zahlen? Der *Corruption Perception Index (CPI)* von *Transparency International* erstellt jährlich ein Ranking von 180 Staaten nach dem Umfang der dort wahrgenommenen Korruption.

In diesem Bericht von 2020 liegen die skandinavischen Staaten an der Spitze, d.h. sie weisen die geringste Korruptionsrate aus, und Syrien, Somalia oder Südsudan am Ende. Südafrika liegt in dem Ranking der 180 Staaten auf Platz 69 mit einer Punktzahl von 44 von 100. Bezogen auf Subsahara-Afrika folgt Südafrika hinter den Seychellen, Botswana, den Kap Verden, Ruanda, Mauritius, Namibia, Sao Tomé und Príncipe und Senegal auf Platz neun. Dies entspricht genau der Wertung, die es im Jahr 2012 bereits hatte. Zwi-schendurch war es auf Platz 73 in 2018 abgerutscht. Die Punktzahl von 44 hat aber in der Vergangenheit nur ganz unwesentlich variiert.

In 2019 wurde von Afrobarometer in Zusammenarbeit mit Transparency International die letzte Version des *Corruption Barometers* für Afrika erstellt. 74.000 Menschen in 35 Ländern wurden befragt, ob sie in den vergangenen 12 Monaten für staatliche Dienstleistungen wie Gesundheit, Wohnen, Erziehung, Wasser und Strom, administrative Dienstleistungen und Polizei ein Bestechungsgeld zahlen mussten.

Korruption in der Politik im Zentrum der Diskussion

Im Zentrum der politischen Diskussion in Südafrika steht jedoch aktuell nicht so sehr die Korruption im Bereich der staatlichen Dienstleistungen, sondern das korrupte Verhalten politisch Verantwortlicher in ihrem Zusammenwirken mit Teilen der Wirtschaft, insbesondere den staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen.

So haben sich auf allen staatlichen Ebenen – national, in den Provinzen und in den Kommunen – sowie in allen Strukturen des ANC und in der Privatwirtschaft korrupte Netzwerke entwickelt, die in erster

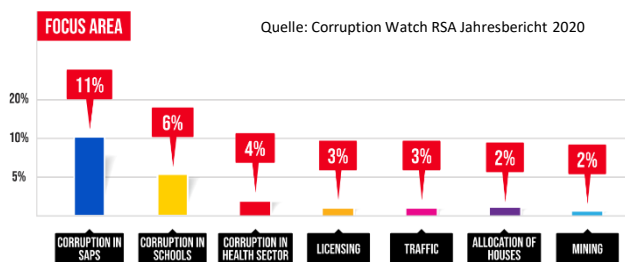
Linie der Selbstbedienung der Beteiligten dienen.

Diese Entwicklung wurde durch die seit Ende der Apartheid ununterbrochene Dominanz des ANC ermöglicht. Gezielt wurden Führungspositionen, insbesondere in den halbstaatlichen Unternehmen wie etwa in der Elektrizitätsgesellschaft Eskom oder bei South African Airlines, in den letzten Jahren weitgehend durch „treue“ Erfolgsleute besetzt.

Institutionen, deren Aufgabe es ist, Serviceleistungen für die Bevölkerung zu erbringen, werden von diesen Netzwerken beherrscht, die ihren eigenen Vorteil über die Pflichten gegenüber den Menschen in Südafrika stellen. So sind Verwaltungen, Staatsbetriebe und Parteigliederungen aktive Beteiligte und Nutznießer eines wohl einzigartigen Systems, das als „State Capture“ – die Vereinnahmung des Staates zum persönlichen Nutzen - bezeichnet wird. Die Untersuchungen der Zondo Kommission, benannt nach dem Vizepräsidenten des südafrikanischen Verfassungsgerichts, bringen Dinge zu Tage, die in diesem Umfang wohl keiner erwartet hatte und reichlichen Stoff für Kriminalromane bieten.

Akteure im Kampf gegen Korruption: Justiz, Medien und Zivilgesellschaft

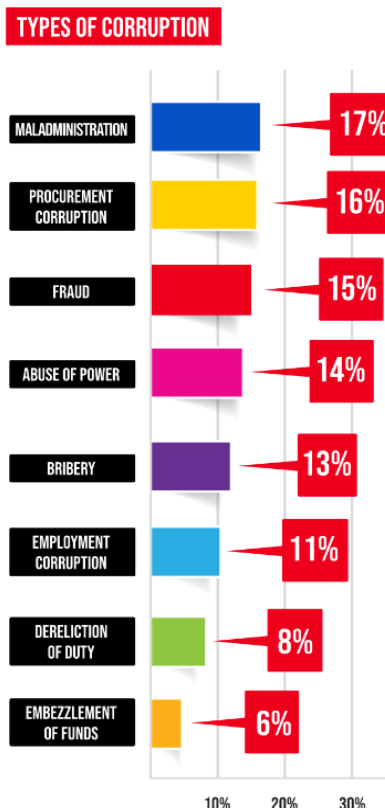
Dennoch: Es gibt Hoffnung am Kap. Versuche der korrupten Netzwerke, auch die Justiz zu beeinflussen, waren nur sehr begrenzt erfolgreich. Die meisten Richter wehren sich dagegen, vereinnahmt zu werden, und stehen zu ihren Aufgaben in einer unabhängigen Justiz und zur Wahrung des Rechtsstaates. Zwar werden hier und da Gerichtsurteile verschleppt, Richter als befangen abgelehnt und mit Protesten bei Gerichtsverhandlungen gedroht. Im Wesentlichen aber erfüllt die Justiz ihre Aufgabe.



Afrikaweit waren dies mehr als 25%. Südafrika lag der Anteil bei 18%, wobei wie in den meisten anderen afrikanischen Ländern Bestechungsgelder an die Polizei unter den genannten Dienstleistungen am höchsten waren. Hiermit liegt Südafrika im Vergleich zu anderen afrikanischen Staaten relativ gut.

Diese üblicherweise als „kleine Korruption“ bezeichneten Zahlungen stehen in Südafrika weniger in der politischen Diskussion. Untersuchungen zeigen aber, dass gerade die Tatsache, dass Bürger*innen für die ihnen zustehenden staatlichen Dienstleistungen zusätzlich zahlen müssen, ein wesentlicher Grund für einen Vertrauensverlust in das Funktionieren des Staates ist.

Eine besondere Rolle spielt dabei in Südafrika die Korruption in den Polizeibehörden, die trotz aller Reformbemühungen nach wie vor als eine der korruptesten Bereiche im südafrikanischen Staat gelten.



Quelle: Corruption Watch RSA Jahresbericht 2020

Allerdings dauert der Weg durch die Distanzen durchaus lange. Wer über die notwendigen finanziellen Mittel verfügt, kann die Rechtskräftigkeit von Entscheidungen über lange Zeit verhindern. Generell aber kann man sagen, dass die Justiz ihre Unabhängigkeit erhalten hat und im Kampf gegen Korruption ein wichtiger Faktor ist.

Ende Juni dieses Jahres hat Südafrikas oberstes Gericht schließlich Ex-Präsident Zuma wegen Missachtung des Gerichts und seiner Weigerung, vor der Zondo Kommission zu erscheinen, zu einer 15monatigen Haftstrafe verurteilt. (s. hierzu Seite 3).



Foto: news24.com

Ein wichtiger Faktor im Kampf gegen die Korruption sind zudem die Medien. Die große Auswahl an unabhängigen und teilweise auch qualitativ guten Printmedien, die Südafrika noch vor 10 Jahren kennzeichnete, gibt es nur noch begrenzt.

Zusätzlich hat sich aber eine Szene von politisch kritischen elektronischen Medien entwickelt- wie etwa der ‚Daily Maverick‘ oder ‚News 24‘, die ihre Aufgabe darin sehen, ohne Rücksicht auf politische Abhängigkeiten Transparenz in der Politik herzustellen und damit im Kampf gegen Korruption eine wichtige Rolle spielen.

Des Weiteren kommt eine aktive Zivilgesellschaft mit Organisationen wie *Corruption Watch* hinzu, die unerschrocken für mehr Transparenz, Integrität und Verantwortungsbewusstsein in der Politik

kämpfen. Das Zusammenwirken dieser Kräfte gibt neue Hoffnung für das Land am Kap.

Entscheidung durch die Wähler

In dem Machtkampf innerhalb des ANC zwischen den alten Kadern, die die korrupten Netzwerke zwischen Regierung und Wirtschaft ermöglicht oder sogar geschaffen haben einerseits und einer reformorientierten Generation politisch Verantwortlicher unter Führung des ANC-Präsidenten und Staatspräsidenten Cyril Ramaphosa andererseits, scheint letztere zurzeit die Nase vorn zu haben. Ob das so bleibt, ist offen. Davon aber hängt ab, ob der Kurs der Erneuerung konsequent fortgesetzt werden kann. Bereits bei den in diesem Jahr anstehenden Kommunalwahlen, vor allem aber bei den nächsten Wahlen auf nationaler Ebene und in den neun Provinzen im Jahr 2024 wird sich erweisen müssen, ob die Reformer gute Ergebnisse erzielen. Dann bestehen gute Chancen, das Phänomen der „State Capture“ zu beenden und die Profiteure zur Verantwortung zu ziehen.

Letztendlich werden weniger die Gerichte als die Wähler entscheiden, ob Südafrika den Kampf gegen die politische Korruption gewinnen kann oder weiterhin damit leben muss.

Literatur

- 1) Corruption Perception Index 2020, Transparency International
- 2) Global Corruption Barometer 2019 – Africa Region, Afrobarometer
- 3) Jahresbericht von Corruption Watch 2020

“Let’s talk about....” 22. 6.21 – ‘Corruption in South Africa and what can be done about it?’

Die in dem vorstehenden Artikel des Mitglieds unseres DeSaFor-Vorstands und Gründungsmitglieds von Transparency International, Peter Conze, beschriebene Situation und ihre Einschätzungen waren auch Gegenstand seines Gesprächs mit Gästen unserer 5. Folge der virtuellen Gesprächsreihe „Let’s talk about.....“ am 22. Juni 2021.

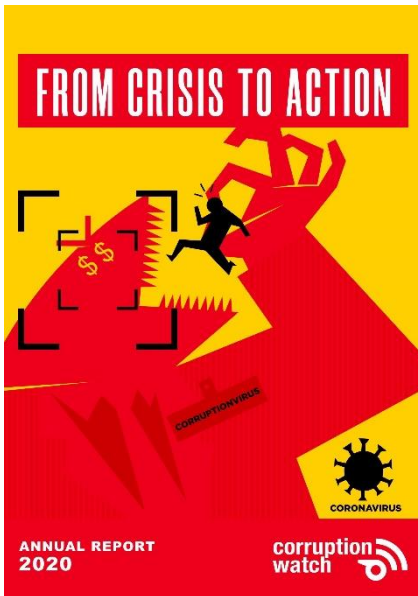
Mit David Lewis, dem Chef von „*Corruption Watch South Africa*“ und Valeska Onken, verantwortliche Managerin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Pretoria, für ein vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit der südafrikanischen Regierung vereinbartes Projekt zur Korruptionsbekämpfung standen zwei sachkundige Gesprächspartner zur Verfügung.

Beide zeigten sich überzeugt, dass es zwar keine wirklich „richtige Zeit“ für einen verstärkten Kampf gegen Korruption gebe, da sie immer und auf allen Ebenen bekämpft werden müsse. Allerdings seien die Rahmenbedingungen für einen wirksameren Kampf gegen die Korruption in Südafrika derzeit deutlich besser als während der Zuma-Administration.

David Lewis: „Gimme Hope Jo’anna“ – Synonym für den Kampf gegen die Korruption?

Peter Conze Cyril Ramaphosa, so Lewis, habe lange gebraucht, die Widerstandskräfte innerhalb des ANC gegen eine Verfolgung von Verfehlungen von Funktionären auf allen Ebenen zu schwächen. Seit einiger Zeit gebe es mit einer Vielzahl von Anklagen als

Ergebnis der „Zondo-Commission“ und nicht zuletzt mit der Aussicht einer Verurteilung des ehemaligen Staatspräsidenten wegen seiner Straftaten, deutliche Zeichen der Hoffnung.



(den Bericht finden Sie [hier](#))

Wenn es dem ANC Präsidenten Ramaphosa tatsächlich gelinge, eine gewisse Säuberung von korrupten Strukturen in der Partei zu erreichen, dann habe der Staats- und Regierungschef Ramaphosa auch eine gute Chance, die Korruption in Regierung und Verwaltung zu bekämpfen und sich wieder den eigentlichen Herausforderungen der Entwicklung Südafrikas zu widmen.

Eine völlige Ausrottung der Korruption sei unrealistisch, aber es gelte, den Menschen deutlich zu machen, dass die Korruption im Alltag – bei der Polizei, auf Ämtern, in Hospitälern – ebensowenig toleriert werde wie die „große Korruption“ an den

Schnittstellen zwischen privatem und öffentlichem Sektor, etwa beim Beschaffungswesen. Ja, David Lewis äußerte Hoffnung, auch wenn die Dimension des Problems die Möglichkeiten einer Organisation wie „Corruption Watch“ deutlich überfordere.

Zusammen mit einer breiteren zivilgesellschaftlichen Bewegung, nach wie vor kritischen und investigativen Medien und – nicht zuletzt – mit Hilfe der erstaunlicherweise starken unabhängigen Justiz könne jedoch der Wandel gelingen. Er jedenfalls hätte sich schon längst entschieden, etwas anderes zu machen, wenn er nicht nach wie vor an die Wirkung seiner Arbeit glauben könne.

Valeska Onken: „Es geht um Integrität und Leadership“

Valeska Onken teilte diese Sicht. In den deutsch-südafrikanischen Verhandlungen über eine Weiterentwicklung des Engagements der GIZ habe auch das BMZ in der veränderten Situation ein „window of opportunity“ für ein Projekt zu Korruptionsbekämpfung gesehen.

Allerdings sei bei den – größtenteils wegen COVID nur über Videokonferenzen möglichen – Vorbereitungen des Projekts dessen Komplexität deutlich geworden und es sei schwierig gewesen, realistische Ziele für eine definierte Projektlaufzeit zu beschreiben.

Die erste Phase der Zusammenarbeit werde daher vor allem eine Lernphase sein, in der mehr Klarheit über die denkbaren Partnerstrukturen, Widerstände und mögliche Vorgehensweisen geschaffen werden müsse.

Es gehe darum, mit geeigneten Aktivitäten Transparenz, Integrität und Verantwortlichkeit vor allem auf der Ebene des Staates und bei den Dienstleistungen gegenüber Bürger*innen wiederzubeleben bzw. neu herzustellen. Dazu seien starke Institutionen ebenso wichtig wie eine Befähigung und Ressourcenverbesserung bei zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Sie persönlich würde es als einen besonderen Erfolg des Projekts sehen, wenn sich deutliche Zeichen der Veränderung im integren Verhalten und insgesamt in der „leadership“ Verantwortlicher zeigten – als wichtige Voraussetzung für die Wiedergewinnung des Vertrauens der Bürger*innen in staatliche Institutionen und für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes.

Klaus Brückner



Ökumenische, interreligiöse Kooperation für eine fürsorgliche, gerechte und faire Gesellschaft in Südafrika



Bei der Gründung der *Ecumenical Foundation of Southern Africa (EFSA)* und des *Cape Development and Dialogue Centre Trust (CDDC Trust)* vor rd. 30 Jahren konnte ich meine in Deutschland gewonnenen Erkenntnisse anwenden und den besonderen Bedingungen und Herausforderungen Südafrikas anpassen. Zudem wurden Verbindungen zu akademischen Institutionen (mit wissenschaftlicher Expertise und Infrastruktur) und zum Netzwerk von Kirchen und religiösen Gemeinschaften und ihren Führungskräften hergestellt.

So entstanden verschiedene damit verbundene Organisationen und nationale Programme. Das *EFSA Ecumenical Institute* ist ein interdisziplinäres Forschungsinstitut in Partnerschaft mit den Universitäten Stellenbosch, Western Cape und Pretoria. Es stellt eine Kooperation mit verschiedenen nationalen Kirchen (vertreten durch ihre Kirchenleitungen) und Universitäten (Fakultäten für Religion und Theologie und Gesundheitswissenschaften) dar. Seine Aktivitäten schließen Dialogprogramme, Konferenzen, akademische Forschung und Veröffentlichungen zu den Herausforderungen der südafrikanischen Gesellschaft nach dem Wandel zur Demokratie ein. Über viele Jahre konnten wir die Rolle von Theolog*innen in Afrika sowie die Entwicklungsrolle der Kirchen stärken.

Dr. Renier Kogelenberg ist Gründer und Geschäftsführer der *EFSA* und des *CDDC Trust* in Kapstadt.

Er studierte auf Anregung des südafrikanischen Kirchenführers und Kämpfers gegen die Apartheid *Dr. Beyers Naudé* (+ 2004), in Deutschland, weil ihn die Rolle ökumenischer und kirchlicher Institutionen beim Wiederaufbau Deutschlands nach dem Dritten Reich interessierte. Nach seiner Promotion bei Prof. Wolfgang Huber (Heidelberg, 1990) kehrte er nach Südafrika zurück. Bei seiner Arbeit orientiert er sich an den in Deutschland gewonnenen Einblicken in die Aktivitäten und Wirkungen des kirchlichen Dialogs und der Mediationsprogramme sowie an der Rolle der Akademien, wie vor allem der *Evangelischen Akademie Tutzing*, als Zentren des Dialogs und der Reflektion derzeitiger und zukünftiger gesellschaftlicher Herausforderungen. Ebenso nahm er die Rolle deutscher kirchlicher Organisationen wie *MISEREOR* und *Brot für die Welt* als Partner staatlicher Entwicklungspolitik als Anregung für seine Zusammenarbeit mit Regierungsinstitutionen in Südafrika auf.

Aus verschiedenen nationalen Konferenzen zum Thema „Kirche und Entwicklung“ entstand im Jahre 1997 die *National Religious Association for Social Development (NRASD)*. Das interreligiöse Netzwerk unterstützt Kirchen und religiöse Gemeinschaften bei der Implementierung von Gesundheitsprogrammen, wie z. B. bei HIV-, TB- und Covid-19-Programmen (in Partnerschaft mit dem Gesundheitsministerium und internationalen Gebern, wie dem Globalen Fonds) sowie bei Sozial- und Fürsorgeprogrammen für gefährdete Familien und vor allem für Kinder (in Partnerschaft mit dem Nationalen Ministerium für Soziale Entwicklung).

Auf eine Anfrage des Ministers für Wohlfahrt (jetzt das Ministerium für Soziale Entwicklung) hat die *NRASD* mit ihrer Gründungsaussage ihr zentrales Ziel unterstrichen: „Als religiöse Gemeinschaften verpflichten wir uns zum Aufbau einer

fürsorglichen, demokratischen und fairen Gesellschaft durch Partnerschaften zwischen

Staat, religiösem Sektor und Zivilgesellschaft. Unsere Vision beruht auf Grundsätzen und Werten, die die Grundlage des

Aufbaus eines neuen Südafrikas bilden: eine gerechte und faire Gesellschaft, eine demokratische Gesellschaft, eine moralische und ehrliche Gesellschaft.“

Als nationale Koalition hat die *NRASD* verschiedene Partnerschaftvereinbarungen zwischen der südafrikanischen Regierung und internationalen Gebern und Partnern vermittelt: Erwachsenenbildungskurse zur Vermittlung von Grundkenntnissen im Lesen und Rechnen, Stärkung des Informationssystems der Regierung zur Identifizierung und Registrierung gefährdeter Kinder, Analyse und Reflektion der Sozialpolitik (Spannung zwischen Nothilfeprogrammen und Entwicklungsprogrammen zur Integration gefährdeter Familien), Verwaltung der Gelder des Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV und AIDS und zur Unterstützung gefährdeter Kinder und Familien durch Kirchen und religiöse Gemeinschaften – mit exzellenten Ergebnissen und Bewertungen, Reflektion der unbeabsichtigten negativen Folgen gewisser Regierungsprogramme und multilateraler Programme, insbesondere im Hinblick auf HIV und AIDS sowie Austausch und Dialog zwischen Regierungsmitgliedern und religiösen Führungskräften.

Hier war einer der Meilensteine die Vermittlung der formellen Kooperationsvereinbarung zwischen religiösen Gemeinschaften und dem Büro des Präsidenten Thabo Mbeki im Jahre 2005.

Der Grundgedanke war es, dass die Regierung und der religiöse Sektor durch die Partnerschaftvereinbarung „die Mobilisierung und Bündelung der Ressourcen

anstreben und dadurch eine nachhaltige Entwicklung der Gemeinschaft, sozialen Zusammenhalt und die Schaffung einer fürsorglichen Gesellschaft fördern. Diese Vereinbarung soll größere Synergien zwischen den Programmen der Regierung und den Aktivitäten und Netzwerken des religiösen Sektors sichern – zu Gunsten der am meisten gefährdeten Mitglieder unserer Gesellschaft.“ Die Bereiche der



Zusammenarbeit schlossen die Förderung von Programmen für frühkindliche Entwicklung, den sozialen Wohnungsbau, Obdachlosenunterkünfte, sozialen Zusammenhalt, den Ausbau beruflicher Fertigkeiten (Erwachsenenbildung) sowie HIV- und AIDS-Programme ein.

Parallel zum NRASD und auf Anregung von Bischof Ivan Abrahams (heute Generalsekretär des Weltrats der Methodisten) wurde 2009 ein Sonderforum für nationale Kirchenführungskräfte gegründet, nämlich die *National Church Leaders' Consultation* (NCLC) sowie kleinere Konsultationen für die oberen 6 bis 10 Führungskräfte der Kirchen, die die Tagesordnung für die NCLC-Sitzungen erstellen. Die Treffen der NCLC sind auch für Vertreter anderer Religionen offen.

Neben vielen vertraulichen Treffen zwischen hochrangigen Kirchenführungskräften und Kabinettsministern (insbesondere zu den Herausforderungen der endemischen Korruption und der Staatsplünderung (“State Capture”) sowie des Missbrauchs staatlicher Ressourcen und Gelder zur Bekämpfung politischer Gegner fanden auch Mediationstreffen zwischen Arbeitern und Bergbauführung (Marikana)

statt. Die Themen der öffentlichen Treffen der letzten 10 Jahre spiegelten die dringlichen nationalen Herausforderungen wider, denen sich Südafrika als junge Demokratie gestellt sah und die unverändert stark die Entwicklung beeinträchtigen:

- Mangel an ethischer Führung und Verantwortung, die Gier und Materialismus begünstigen;
- Schwächung öffentlicher Institutionen und Plünderung öffentlicher Gelder;
- fortwährende sexuelle und geschlechterbasierte Gewalt in der Gesellschaft, insbesondere auch in Schulen;
- Armut und Arbeitslosigkeit – insbesondere unter Jugendlichen (über 63% Anfang 2021), die zu Hoffnungslosigkeit, Verzweiflung und Kriminalität führen;
- Soziale Herausforderungen etwa in den Bereichen Gesundheit und Wirtschaft, die sich durch HIV, TB und Covid-19 weiter verschärften und Südafrika im Kampf gegen Kinderarmut und -hunger wohl über 20 Jahre zurückgeworfen hat.

Gemeinsam mit dem EFSA Institute und dem NRASD begründete der CDDC Trust internationale Kooperationspartnerschaften für die Durchführung von Programmen mit der *Konrad-Adenauer-Stiftung* (Deutschland), dem *Ahimsa Roundtable on Health* in Lyon (Frankreich), dem *Berkeley Centre of Georgetown University* (Washington), der *International Partnership for Religion and Sustainable Development* (PaRD – BMZ) und UNAIDS.

Besondere Herausforderung im Kontext von Pandemien

Neben den direkten Auswirkungen auf die betroffenen Menschen und die nationalen Gesundheitsdienstleistungen haben die langfristigen Lockdowns ernsthafte wirtschaftliche Folgen mit großen Verlusten von Arbeitsplätzen – dabei sind besonders von Frauen geführte Haushalte und informelle Händler*innen betroffen, die es zu überwinden gilt.

Darüber hinaus müssen wir uns aber auch zusätzlichen Herausforderungen stellen:

- Südafrika muss die Überwindung des Mangels an Ernährungssicherheit für viele gefährdete Familien und Kinder priorisieren, um langfristige Folgen wie Wachstumsstörungen bei Kindern zu vermeiden; dazu bedarf es integrierter Gesundheits- und Sozialprogramme und ganzheitlicher nachhaltiger Verbesserung der Situation;
- Ausbau und der Stärkung der formellen Kooperation von Regierung, religiösen Gemeinschaften und internationalen



Partnern: religiöse Gemeinschaften haben die Kapazitäten, ganzheitliche und aufeinander abgestimmte Entwicklungsprogramme durchzuführen (im Bereich Ernährung und Gesundheit so-

wie soziale, psychologische und seelsorgerliche Dienstleistungen), und zwar in jeder örtlichen Gemeinde, auch dort, wo Regierungsinfrastruktur und -mitarbeiter unzureichend vorhanden bzw. nicht ausreichend leistungsfähig sind.

Informationen unter: www.cddc.co.za

Dr. Renier Kogelenberg